

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Rohstoffindustrie und Friedensförderung

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Partner für den Frieden: Rohstoffunternehmen und Friedensförderung

2

dossier

Ein Multistakeholder-Fonds zur Stärkung und Unterstützung des Dialogs zwischen Gemeinschaften und Unternehmen

Mediationsunterstützung von Minenkonflikten im Maghreb

Ansätze zu Fragen der Sicherheit und Menschenrechte in komplexen Kontexten

Haiti: Konfliktprävention durch Vereinigung der Zivilgesellschaft

Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in der Schweiz

Eine globale Perspektive - verankert in den Realitäten der Entwicklungsländer

3

erfahren
sie mehr
darüber

Vorschläge für einen guten Umgang mit Rohstoffgewinnen

Berücksichtigung der verschiedenen Interessen in der Rohstoffförderung

4

aktuell

swisspeace / KOFF

KOFF Trägerorganisationen

5

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

editorial

Bis anhin waren die Diskussionen rund um die Aktivitäten der Förderung von Rohstoffen immer von der Vorstellung geprägt, dass diese Industrie Konflikte fördert und somit einen Fluch für die Gesellschaft darstellt, die diese in einer Spirale von Gewalt und Armut festhält. Ohne die Probleme und Risiken für Frieden und Menschenrechte, die diese Aktivitäten sicherlich auch mit sich bringen, zu verneinen, widmet sich diese Ausgabe einer Neubelichtung des Verhältnisses von Rohstoffindustrie und der Friedensförderung. Ausgehend von der Annahme, dass wirtschaftliche Entwicklung notwendig für einen dauerhaften Frieden ist, zeigen wir auf, wie und inwiefern der Abbau von natürlichen Ressourcen zu Frieden beitragen kann. Anhand diverser Projekte von Organisationen der Zivilgesellschaft und vom schweizerischen Staat offeriert dieses Magazin neue Perspektiven und innovative Ansätze, um dieses sensible Thema zu behandeln.

Mit dieser Ausgabe werde ich mich auch von Ihnen verabschieden. Nach dreieinhalb Jahren an der Spitze der Redaktion des KOFF Magazins, wende ich mich neuen beruflichen Aktivitäten zu. Ich bedanke mich für Ihr Interesse und die zahlreiche Unterstützung.

Partner für den Frieden: Rohstoffunternehmen und Friedensförderung



Die Forstindustriefirma Ouessou der Danzer Gruppe ist im Kongo-Becken aktiv. Nadina Diday / swisspeace

Rohstoffunternehmen, die neue Fördergebiete erschliessen müssen, sind oft die ersten, die dringend benötigte Investitionen in Postkonfliktstaaten tätigen. Da der Abbau in manchen Fällen Konflikte vorantreibt, wird die Rohstoffindustrie in fragilen Staaten oft als Konfliktfaktor diskutiert, wobei Ressourcenreichtum als Fluch gilt, der eine Spirale von Armut und Gewalt auslöst. Die Annahme, dass ein beständiger Frieden wirtschaftliche Entwicklung voraussetzt, hat jedoch eine Debatte über den Beitrag entfacht, den die Rohstoffindustrie zur Friedensförderung und zum Wiederaufbau leisten kann. Obwohl die primäre Verantwortung für Friedensförderung bei Regierungen und der Zivilgesellschaft liegt, kann die Privatwirtschaft entscheidend zur Konsolidierung des Friedens beitragen.

Da Unternehmen ein friedliches Umfeld benötigen, um zu florieren, haben Rohstofffirmen ein Interesse an nachhaltigen Frieden. Ungenutzte Ressourcen in ehemaligen Kriegsgebieten eröffnen unternehmerische Perspektiven. Deren Erschliessung erfordert Investitionen, die sich nur lohnen, wenn der Abbau langfristig von statten gehen kann. Ein erneuter Gewaltausbruch würde zu kostspieligen Unterbrüchen führen, Profite würden aufs Spiel gesetzt und Investoren abgeschreckt. Zudem erleiden Unternehmen einen Reputationsverlust, wenn ihre Geschäfte Friedensbemühungen untergraben. Als

Handelsplatz sowie als Sitz von Rohstoffkonzernen und Goldraffinerien hat die schweizerische Wirtschaft ein klares Interesse daran, dass der Rohstoffabbau zu Frieden und Stabilität beiträgt.

Die Rohstoffindustrie ist für die Friedensförderung von strategischer Bedeutung, da sie Fähigkeiten besitzt, Konfliktfaktoren zu entschärfen, die Kriegs- in eine Friedenswirtschaft zu transformieren sowie schnelles Wachstum, umfangreiche Investitionen und Staatseinnahmen zu generieren. Rohstofffirmen können Jobs und alternative Lebensgrundlagen schaffen, um ehemalige Kämpfer wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Weitere Arbeitsplätze entstehen durch Infrastrukturprojekte, Zubringerdienste und die informelle Wirtschaft. Dringend notwendige Staatseinnahmen aus dem Bergbau können Wiederaufbau- und friedensfördernde Programme finanzieren sowie die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe mindern. Indem Rohstoffkonzerne die wirtschaftliche Zuversicht stärken, können sie Investitionen in andere Sektoren und eine wirtschaftliche Diversifizierung auslösen.

Aufgrund ihres Einflusses können Rohstoffkonzerne rechtliche und politische Reformen anspornen sowie Standards für gute Geschäfts- und Regierungsführung fördern. Konzerne haben das Potential, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie keine Korruption, die Konflikte schürt, tolerieren. Indem sie Investitionen von sauberen Geschäftspraktiken abhängig machen, können Konzerne Regierungen zur Einführung von Institutionen zur Korruptionsbekämpfung ermutigen. Da ihr Geschäft physische und rechtliche Sicherheit bedarf, können Firmen Behörden zur Durchsetzung des Rechts und der Verbesserung der Sicherheitslage ermuntern.

Rohstoffunternehmen können direkt zur Friedensförderung beitragen, wenn sie eine integrative Personalpolitik betreiben und der wirtschaftlichen Benachteiligung von marginalisierten Gruppen entgegenwirken. Indem Mitglieder verschiedener Gruppen in einer Firma zusammenarbeiten und im Dialog stehen, entwickeln sie womöglich gegenseitiges Vertrauen und eine alternative Gesellschaftsvorstellung. In seltenen Fällen engagieren sich Konzerne direkt als Mediatoren in Konflikten. Zumeist aber fördern Firmen Friedensprozesse durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft und nationaler Programme.

Ob Firmen zu mehr Frieden beitragen, hängt von diversen kontextspezifischen Faktoren ab, wovon viele ausserhalb ihrer Kontrolle liegen. Dazu gehören die Rolle der Ressourcen im Konflikt, der Wille der Regierung, diese nachhaltig zu bewirtschaften, sowie der Rohstofftyp. Es ist zum Beispiel schwieriger, den illegalen Handel mit Diamanten zu unterbinden als Öleinnahmen zu verwalten. Da der Wandel nach einem Konflikt schnelles Wachstum erfordert, damit Konfliktparteien diesen mittragen, bedarf die Sicherung des Friedens ein gutes Geschäftsumfeld. Zugleich müssen unternehmerische Gebote behutsam mit den Bedürfnissen einer fragilen Gesellschaft vereinbart werden. Um keinen Schaden anzurichten, müssen Firmen den sensiblen Kontext, in dem sie arbeiten, verstehen.

Kollektive Initiativen können helfen, den Rohstoffabbau friedensdienlich zu gestalten. Der „United Nations Global Compact“, die „Extractive Industry Transparency Initiative“ und der Kimberley Prozess setzen globale Standards für Firmen und versuchen, den illegalen Rohstoffhandel zu unterbinden. Auf der betrieblichen Ebene hingegen bieten Regeln der sozialen Unternehmensverantwortung wichtige Richtlinien für Geschäfte in konfliktsensiblen Kontexten.

Da im Wettbewerb stehende Firmen schnell lukrative Geschäfte abschliessen müssen, sollten sie ausgewogene Verträge mit den legitimen Behörden vereinbaren. Nichtgewählte Übergangsregierungen sollen nicht jahrzehntelange Abbaurechte vergeben und Verträge müssen den Gewinn der lokalen Bevölkerung maximieren. Strikte Kontrollsysteme sind nötig, um den Rohstoffrausch nach Konflikten zu regulieren. Es werden verlässliche Informationen über Rohstoffvorkommen und Geldflüsse benötigt, um das Abschöpfen von Einnahmen durch Konfliktprofiteure zu verhindern. Transparenz in der Ressourcenbewirtschaftung ist unabdingbar, um Konflikte zu vermeiden und das Investitionsklima zu verbessern.

Die Verteilung der Einnahmen zugunsten der Bevölkerung bleibt eine Herausforderung und unterliegt meist der Verantwortung der Zentralregierung. Die Rohstoffindustrie kann kaum zum Frieden beitragen, wenn sie keine nachhaltigen Lebensgrundlagen, nachgelagerte Entwicklung und wirtschaftliche Diversifizierung ermöglicht. Damit Firmen zu friedlichen Beziehungen in lokalen Gemeinschaften beitragen, müssen sie diese konsultieren und sich ihrer Beschwerden annehmen. Um die Auswirkungen des Abbaus auf die Bevölkerung abzuschätzen und nach Alternativen für verdrängte informelle Mineure sowie Kleinbauern zu suchen, können Firmen mit zivilgesellschaftlichen Partnern arbeiten.

Letztlich aber unterliegen Rohstoffunternehmen geschäftlichen Zwängen und haben nur beschränkte Mittel für die Friedensförderung. Firmen, die auf saubere Geschäftspraktiken pochen, werden womöglich benachteiligt und erfahren Widerstand von lokalen Partnern. Unternehmen, die Risiken eingehen, indem sie unverzichtbare Investitionen in fragile Staaten tätigen, schrecken vielleicht zurück, wenn friedensfördernde Massnahmen zusätzliche Kosten, Verantwortung und Reputationsrisiken mit sich bringen. Regierungen und Unternehmen teilen jedoch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass der Rohstoffabbau den Frieden fördert. Wenn soziale Unternehmensverantwortung nur ein Lippenbekenntnis bleibt; Firmen Erträge ohne lokale Entwicklung exportieren; soziale und ökologische Auswirkungen ignorieren; Lebensgrundlagen ohne Alternativen zerstören und wenn autoritäre Regime, korrupte Eliten und Rebellen Erträge abschöpfen, wird Rohstoffreichtum tatsächlich zu einem Fluch anstatt einer Chance für Frieden und Prosperität.

[swisspeace](#)

Michael Aeby

michael.aeby@swisspeace.ch

Research Assistant

Sibel Gürler

sibel.guerler@swisspeace.ch

Head, Statehood / Business and Peace

[links](#)

- swisspeace – Business and Peace
 - United Nations Global Compact
 - Extractive Industry Transparency Initiative
 - Kimberley Process
-

dossier

Ein Multistakeholder-Fonds zur Stärkung und Unterstützung des Dialogs zwischen Gemeinschaften und Unternehmen

Wenn es um die Beziehung zwischen Gemeinschaften und Unternehmen geht, bestehen die Herausforderungen darin, die Bedingungen für eine echte Beteiligung, konstruktive Dialoge und Verantwortlichkeit zu schaffen sowie in einem Umfeld mit schwachen Rechtsrahmen und in Situationen, in denen das Vertrauen fehlt und die Kräfte asymmetrisch verteilt sind, Wege zur Problemlösung zu finden. Die Nachteile dieser Asymmetrie spüren vor allem Gemeinschaften, die von Rohstoffprojekten mit grossen sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen betroffen sind. Gemeinschaften haben einen Anspruch und ein Recht auf die Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die ihr Leben betreffen. Darum benötigen sie die Fähigkeiten und den Zugang zu Fachwissen und Mitteln, um mit Unternehmen und Regierungen auf Augenhöhe verhandeln zu können.

2016 gründete die Stiftung PeaceNexus den Multistakeholder-Fonds. Das Ziel dieses überwiegend durch Unternehmen finanzierten Instrumentes ist es, den Gemeinschaften finanzielle Mittel zur Verbesserung ihrer Verhandlungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen. Würde eine Initiative von einem Unternehmen direkt finanziert, stünde deren Neutralität sofort in Frage – ungeachtet der Absichten des Unternehmens. Tatsächlich würden alle von einem Unternehmen finanzierten VermittlerInnen, ExpertInnen oder Wirkungsabschätzungen zwangsläufig als Träger unternehmenseigener Interessen wahrgenommen werden. Allerdings gibt es auch Anzeichen dafür, dass lokale Gemeinschaften und NGOs finanzielle Unterstützung seitens Unternehmen annehmen würden, solange die Prozesse transparent sind und sie beim Aufbau und der Umsetzung von Anfang an beteiligt werden. Das ist im Wesentlichen, was PeaceNexus mit dem Multistakeholder-Fonds erreichen will.

Zurzeit wird in Marokko eine Pilotphase ausgearbeitet. PeaceNexus fördert seit 2015 eine

Diskussion mit dem Ziel, mehrere nationale Interessensgruppen zusammenzubringen: drei grosse Rohstoffunternehmen, den nationalen Arbeitgeberverband von Marokko, den Nationalen Rat für Menschenrechte und ein nationales NGO-Netzwerk. Ziel ist es, eine nationale Initiative aufzubauen, welche die Bereitstellung unabhängiger Beratungsdienstleistungen sowie Aktivitäten für mehr Verständnis unterstützt, um den Dialog zwischen den Unternehmen aus der Rohstoffindustrie und den Gemeinschaften zu fördern. Bisher gibt es ein erstes Übereinkommen zu Beiträgen, zur Leitungsstruktur und zu den nächsten Schritten im Aufbau dieses nationalen Mediationsprogramms, das finanziell auf einem Multistakeholder-Fonds basieren und den Anforderungen marokkanischer Akteure entsprechen wird.

[PeaceNexus Foundation](#)

Santiago Porto

santiago.porto@peacenexus.org

Associate Consultant - Business and Peace

[links](#)

- [Siftung PeaceNexus](#)

dossier

Mediationsunterstützung von Minenkonflikten im Maghreb



Eine Trainingseinheit vom ae-Centre in Marokko. ae-Centre

Minenaktivitäten führen immer wieder zu gesellschaftlichen, oft gewalttätigen Konflikten. Dies geschieht meist in abgelegenen Regionen, wo der Staat wenig präsent und die Wirtschaft schwach entwickelt ist. Die Folge davon ist eine starke Diskrepanz zwischen dem Reichtum in Form von Rohstoffen einerseits und der Armut und der Perspektivlosigkeit der lokalen Bevölkerung andererseits. Das aus dem Rohstoffabbau gewonnene Steuersubstrat fliesst in die Hauptstadt und nur wenig wird in die betroffene Region investiert.

Seit 2012 unterstützt æ-Centre eine lokale NGO, die den Mediationsprozess in einem Silberminenkonflikt im Südosten Marokkos begleitet. Die 2015 zwischen den betroffenen Akteuren unterzeichnete Vereinbarung hat stark zur Beruhigung der sozialen Spannungen beigetragen und der Region ein mehrere Millionen (CHF) schweres Entwicklungspaket ermöglicht. Letzteres wird durch den marokkanischen Staat und die Minengesellschaft finanziert. Es gibt auch weitere kleinere Win-Win-Lösungen wie die Gründung einer Genossenschaft für Frauen, die aus Nebenprodukten der Silbermine Schmuck herstellt.

Noch am Anfang steht die Dialogunterstützung des ae-Centres bezüglich eines Konfliktes mit einer Phosphatfirma im Gouvernement Gafsa. Dieser führte 2008 zu schweren Aufständen und wurde als Vorläufer der tunesischen Revolution 2011 betrachtet. Nach mehrmonatiger Mediation ist es gelungen, einen aus Vertretern der betroffenen Gruppen bestehenden Lenkungsausschuss einzusetzen. Dieser wird für den weiteren Prozess federführend sein und erlaubt es dem æ-Centre, wiederum in die Rolle des Mediationsunterstützers zu wechseln und somit dem Prinzip der lokalen Eigenverantwortung zu folgen.

Beide Projekte werden vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt. Als französischsprachige NGO aus einem neutralen Land hat das ae-Centre im Vertrauensaufbau einen evidenten Vorteil.

[ae-Centre](#)

Pascal Gemperli

gemperli@ae-centre.ch

Direktor

[links](#)

- [ae-Centre](#)
- [Timeline des Silberminenkonflikts im Südosten Marokkos](#)
- [Timeline des Minenkonflikts im Gouvernement Gafsa](#)

dossier

Ansätze zu Fragen der

Sicherheit und Menschenrechte in komplexen Kontexten



Tagebau.MG VaughAn / Creative Commons

Mit Unterstützung der Abteilung Menschliche Sicherheit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten setzen das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) das gemeinsame Projekt „Ansätze zu Fragen der Sicherheit und Menschenrechte in komplexen Kontexten“ um. Ziel des Projektes ist es, in komplexen Umgebungen tätige Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Sicherheitsansätze menschenrechtskonform zu gestalten.

Zu diesem Zweck haben DCAF und das IKRK sowohl eine Internetplattform („Security and Human Rights Knowledge Hub“) als auch ein Toolkit entwickelt. Auf dem „Knowledge Hub“ können Unternehmen und andere Interessengruppen relevante Leitliniendokumente, Fallstudien und Instrumente zu Sicherheits- und Menschenrechtsfragen in Krisengebieten finden. Das Toolkit bietet hingegen Beispiele von Sicherheitskonzepten, die sich in der Praxis bewährt haben, sowie Lösungsansätze und Empfehlungen für konkrete sicherheitspolitische und menschenrechtliche Herausforderungen an, mit denen sich Unternehmen in komplexen Umgebungen konfrontiert sehen.

Des Weiteren fördern DCAF und das IKRK die Umsetzung von Normen und praktischen Lösungsansätzen auf nationaler Ebene. Das Projekt entwickelt zum Beispiel momentan einen Grundlagenkurs zu Menschenrechten und Konfliktmanagement für Polizeibeamte in Kenia, die zur Überwachung von Öl- und Gasfeldern eingesetzt werden. Die beiden

Organisationen stärken ebenfalls landesspezifische Umsetzungsstrukturen, wie etwa in Peru, wo sie nationale Arbeitsgruppen zu den „Freiwilligen Grundsätzen für Sicherheit und Menschenrechte“ aufbauen und unterstützen. Schliesslich fördert das Projekt in der Demokratischen Republik Kongo Akteure aus Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bei der Diskussion und Erarbeitung von nationalen Umsetzungsprioritäten, in enger Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft und einer bestehenden Arbeitsgruppe zu den freiwilligen Grundsätzen.

DCAF

Lucía Hernández

l.hernandez@dcaf.ch

links

- [DCAF](#)
- [Security and Human Rights Knowledge Hub](#)
- [Toolkit](#)
- [Freiwillige Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte](#)

dossier

Haiti: Konfliktprävention durch Vereinigung der Zivilgesellschaft



In vergangenen Jahren zeigten Bergbauunternehmen aufgrund des hohen Goldkurses erneut vermehrtes Interesse an Gebieten, die zuvor als wenig rentabel galten. Auf Haiti wird derzeit noch kein Bergwerk betrieben, jedoch besitzen mehrere Unternehmen bereits Explorations- und Abbaubewilligungen.

Aufgrund Umweltbelange wurden diese Bewilligungen 2013 durch ein parlamentarisches Moratorium gesperrt, könnten aber schon bald erneut in Kraft treten: Die kürzlich gewählte Regierung macht die Entwicklung des Bergbausektors zu einer Priorität und dem Parlament wurde ein neues Bergbaugesetz vorgelegt.

Dies beunruhigt die Zivilgesellschaft – die Bevölkerung, die bei früheren Explorationen bereits Opfer mehrerer Menschenrechtsverletzungen wurde, bereitet sich darauf vor, sich bei Parlament und lokalen Behörden Gehör zu verschaffen. Damit diese Plädoyers koordiniert und die Forderungen in der Gemeinschaften getragen werden können, haben sich über zwanzig landwirtschaftliche und gemeinschaftliche Organisationen sowie solche aus dem Bereich der Menschenrechtsverteidigung im Kollektiv Jistis Min (KJM) zusammengeschlossen. Das KJM will die Regierung dazu bewegen, eine echte nationale Debatte rund um die Bergbaufrage auf Haiti zu lancieren und die Bevölkerung in die Verhandlungen miteinzubeziehen.

„Wir wollen einen konstruktiven Dialog mit dem neuen Bürgermeister aufbauen und so sicherstellen, dass er Verantwortung übernimmt und die Stimme unserer Gemeinschaft bis ins Departement mitträgt“, so ein Einwohner einer vom Bergbauprojekt betroffenen Gemeinde.

Das Kollektiv bietet vor Ort Schulungen an, übersetzt Dokumentationen auf haitianisches Kreolisch, konsultiert Betroffene aus Afrika und Lateinamerika und organisiert Konferenzen und Fokusgruppen in den Dörfern – das KJM unternimmt alles, um die Menschen zu informieren und vor allem um potenziellen Konflikten innerhalb der Gemeinschaften vorzubeugen.

„Wir wollen ihnen die Wahl nicht abnehmen. Aber sie müssen informiert sein, damit sie eine Entscheidung treffen und die Entscheidungen der anderen verstehen können. Wir müssen verhindern, dass sich in bereits fragilen Gemeinschaften weitere Kluften öffnen. Mit vereinten Kräften können wir die Regierung dazu bringen, uns zuzuhören“, erklärt eine Ausbilderin des KJM.

Anmerkung: Livia Bouvier ist Entwicklungshelferin für Eirene Schweiz und als Ausbilderin im Bereich Menschenrechte im Einsatz beim RNDDH, dem haitianischen nationalen Netzwerk zur Verteidigung der Menschenrechte, einer Mitgliedorganisation des KJM.

[Eirene Schweiz](#)

Livia Bouvier

contact@consciencedepoche.org

Entwicklungshelferin

[links](#)

- Bericht (auf Englisch), Global Justice Clinic und Haiti Justice Initiative
 - Global Justice Clinic
 - Eirene Schweiz
 - Conscience de Poche, Blog von Livia Bouvier (auf Französisch)
-

dossier

Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in der Schweiz

In einer Welt, in der manche multinationale Konzerne Umsätze aufweisen, deren Höhe mit dem Bruttoinlandprodukt bedeutender Staaten in der Weltwirtschaft vergleichbar ist, muss das Ziel eines effizienten Schutzes der Menschenrechte auch in der Privatwirtschaft verfolgt werden. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP) bilden den international anerkannten Rahmen zur Präzisierung der Verantwortlichkeit von Unternehmen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte.

Dies kann vor allem beim Rohstoffhandel zum Tragen kommen, da dieser Sektor fast überall auf der Welt präsent ist und die ganze Produktionskette abdeckt: von der Gewinnung respektive Produktion bis hin zur Abgabe an die KonsumentInnen. Die Schweiz führt einen regelmässigen Dialog mit diesem Sektor und begleitet diesen bei der Umsetzung von Massnahmen mit dem Ziel, die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. In erster Linie findet der Austausch zwei Mal pro Jahr im Rahmen eines Rundtisches statt, an dem die StaatssekretärInnen des EDA, des Staatssekretariats für Wirtschaft und des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen, GeschäftsleiterInnen der grössten Handelsunternehmen, Kantone sowie VertreterInnen der Schweizer Zivilgesellschaft zusammenkommen.

Mit dem im Dezember 2016 veröffentlichten Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte führt der Bundesrat die verschiedenen Massnahmen auf, die er zu diesem Zweck ergreift, und legt den Fokus auf die staatlichen Pflichten im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte sowie auf die Abhilfe für potenzielle Opfer. Der NAP enthält 50 Instrumente mit dem Ziel, die Achtung der Menschenrechte durch Schweizer Unternehmen zu fördern – dies sowohl bei deren Aktivitäten in der Schweiz als auch im Ausland. Eine dieser Massnahmen betrifft den Rohstoffhandel direkt: Eine Multi-Stakeholder-Gruppe erarbeitet aktuell Leitlinien für die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien im Schweizer Rohstoffhandel. Die Anleitung soll

konkrete Empfehlungen zur Sorgfaltsprüfung im Bereich Menschenrechte und zur Berichterstattung enthalten.

Krystyna Marty

Stellvertretende Staatssekretärin beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

[links](#)

- [Leitprinzipien der Vereinten Nationen zu Wirtschaft und Menschenrechten \(auf Englisch\)](#)
- [Bericht über die Schweizer Strategie zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#)

dossier

Eine globale Perspektive – verankert in den Realitäten der Entwicklungsländer

Die Rohstofffrage ist in der Schweizer Politik spätestens mit dem bundesrätlichen „Grundlagenbericht Rohstoffe“ von 2013 angekommen – als Startschuss für eine bis heute anhaltende Debatte.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) beschäftigt sich schon länger mit dieser Thematik. Die ersten rohstoffbezogenen Arbeiten gehen bis in die 1990er Jahre zurück, mit Programmen zur Bekämpfung des Quecksilber-Einsatzes im Kleinbergbau in Ecuador, Bolivien und ab 2000 in Peru. Später traten diese Ansätze mit der DEZA die Reise in die Mongolei an, wo sie bis heute angewendet werden.

Mit dem Rohstoff-Bericht 2013 erhält auch das DEZA-Engagement einen neuen Schub. Für mehrere Länderprogramme in Westafrika und im südlichen Afrika sind heute Überlegungen im Gange, wie man die Natur besser schützen und die Ärmsten besser am Erfolg beteiligen kann, meist als Teil von Gouvernanzprogrammen oder zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums.

Seit 2013 macht die Schweizer Rohstoffdiskussion aber auch deutlich, dass wichtige Weichen – wenn nicht gar die wichtigsten – in reichen Ländern gestellt werden. Als weltweite Rohstoffhandels-Drehscheibe und als wichtiger Finanzplatz spielt die Schweiz eine prominente Rolle. Zentral ist hierbei die Frage, wie bei ansässigen Rohstoffunternehmen verantwortungsvolle Unternehmensführung gewährleistet werden kann.

Die Entwicklungsländer tragen die Hauptverantwortung für die lokalen institutionellen Voraussetzungen und ihre Regierungsführung. Gleichzeitig gilt es seitens der Schweiz, potentielle Widersprüche zwischen ihren verschiedenen Sektorpolitiken zu vermeiden. Etwa im Goldsektor, wo die Politik der Schweiz rund um Import und Verarbeitung von Gold (aus Ländern wie Mali, Burkina und der Mongolei) sowie zum Handel von industriellem Quecksilber sorgfältig mit der Schweizer Entwicklungspolitik in diesen Ländern oder dem zielstrebigem multilateralen Einsatz für ein wirksames Quecksilber-Management (Minamata-Konvention) abzustimmen ist. Nur so kann die Schweiz mit ihrer Aussenpolitik international glaubwürdig bleiben und einen wirksamen Beitrag leisten.

Seit Jahren – und lange vor der Verabschiedung der Agenda 2030 – beteiligt sich die DEZA deshalb intensiv an der Rohstoffdiskussion in der Schweiz. Gestützt auf ihre Präsenz vor Ort macht sie die Realitäten von Rohstoffabbau und Handel ihrer Partnerländer sichtbar, trägt zu einer informierten Diskussion bei und bringt Schweizer Lösungsansätze und Standards in die Länder. So gut und solange dies bei den heutigen substantiellen Kürzungen der Kredite für internationale Zusammenarbeit noch möglich ist.

[Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit \(DEZA\)](#)

Werner Thut

werner.thut@eda.admin.ch

Senior Policy Advisor Policy Coherence for Development

[links](#)

- [Grundlagenbericht Rohstoffe - Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat. 2013](#)
- [Policy Coherence in the commodities sector: The case of mercury. Policy Brief ETH/NADEL. Januar 2017 \(auf Englisch\)](#)
- [Switzerland and the Commodities Trade. Taking Stock and Looking Ahead. Swiss Academies Factsheet Vol. 11, No 1, 2016 \(auf Englisch\)](#)

erfahren sie mehr darüber

Vorschläge für einen guten Umgang mit Rohstoffgewinnen

In Ländern, die über grosse Rohstoffvorkommnisse verfügen, besitzen die Zeiten nach einem gewalttätigen Konflikt ein vielversprechendes, aber auch ein gefährliches Potential, wenn es um die Verteilung von Rohstoffgewinnen geht. Ohne ausreichende Rahmenmassnahmen reicht die Aufteilung des Reichtums nicht aus, um alle am ehemaligen Konflikt beteiligten Parteien zufriedener zu stellen und auf Dauer den Frieden zu sichern. In seinem Artikel macht Philippe le Billon Vorschläge, wie die Umverteilung des Rohstoffgewinnes in solchen Ländern am besten umgesetzt wird, damit der Reichtum des Landes zum Wohle aller eingesetzt wird und nicht als Grundlage für ein Aufkeimen weiterer Konflikte.

Le Billon arbeitet sieben Strategien heraus, welche die Rohstoffförderung friedensfördernder gestalten würden. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel, dass die Verteilung von Lizenzen nur von der legitimen Regierung und nicht von einer Konfliktpartei vergeben werden. Hier müssten sich gerade die internationalen Firmen engagieren, um nicht Rebellenregierungen zu unterstützen. Ein anderes wichtiges Instrument für einen friedensfördernden Rohstoffabbau sieht le Billon darin, mit der Vergabe von Förderlizenzen zuzuwarten, um somit lokales Unternehmertum zu fördern. Dies würde die lokale Bevölkerung stärker einbeziehen und neue Strukturen entstehen lassen.

Abschliessend anerkennt le Billon die Realität der Rohstoffförderung und deren Konfliktpotential und stellt Rahmenbedingungen auf, wie Friedensförderung und nationale Gewinne durch Rohstoffverkauf am besten mit einem dauerhaften Frieden vereinbart werden können.

links

- [Philippe le Billon. Resources for Peace? Managing Revenues from Extractive Industries in Post Conflict Environments. April 2008 \(auf Englisch\)](#)

erfahren sie mehr darüber

Berücksichtigung der verschiedenen Interessen in der

Rohstoffförderung

Im Kontext nach einem Konflikt unterscheiden sich rohstoffreiche Länder von rohstoffarmen Ländern vor allem dadurch, dass sie ein grösseres internes Finanzierungspotential für den Wiederaufbau und somit bessere Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum aufweisen. Dieses grosse Potential ist jedoch auch mit Risiken verbunden. So können Rohstoffvorkommen, anstatt die erhoffte Stabilität zu bringen, die nachhaltige Friedensförderung gefährden.

Frieden bringt Erwartungen für Entwicklung und mehr Wohlstand mit sich. Die Rolle der Regierung ist es, die Einkünfte durch den Rohstoffhandel optimal zum Wohle der gesamten Bevölkerung einzusetzen und dadurch das Risiko für zukünftige Konflikte verringern. Den Ausblick, den die Autoren dieses Artikels vermitteln, deutet allerdings in die andere Richtung. Die Interessen von Ländern und Rohstofffirmen bezüglich des Umgangs mit den Ressourcen können jedoch sehr verschieden sein. In der Konsolidierung der verschiedenen Interessen spielt die internationale Gemeinschaft eine gewichtige Rolle. Sie sollte Empfehlungen und Expertise zur Verfügung stellen und insbesondere Regierungen und Firmen in Ländern unterstützen, die einen geringeren politischen Willen aufweisen, die Ressourcen des Landes als Basis für die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung einzusetzen.

Es gibt keine simple Lösung, wie mit den Ressourcen umzugehen ist. Das schlimmste, das passieren kann, wäre die Entfachung neuer Konflikte über die Verteilung der Einkünfte. Die Autoren sehen die grösste Chance zur Vermeidung dieses Szenarios in einer transparenten Kommunikation der verschiedenen Interessensgruppen miteinander.

links

- Päivi Lujala, Siri Aas Rustad und Sarah Kettenmann. [Engines for Peace? Extractive Industries, Host Countries, and the International Community in Post-Conflict Peacebuilding](#). Mai 2016 (auf Englisch)

aktuell

swisspeace / KOFF

Business, Conflict & Human Rights

Learn and exchange about challenges and best practices for responsible business in conflict contexts.



swiss
peace

SAFESTAINABLE
acceptance strategies

Kurs „Business, Conflict & Human Rights“

Wie können Unternehmen in unbeständigen Gebieten verantwortlich agieren? swisspeace bietet in Kooperation mit Safestainable den Kurs „Business, Conflict & Human Rights“ an, der diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Neueste internationale Standards bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wege, wie Unternehmen diese umsetzen können, werden diskutiert. Der Kurs beleuchtet die Rollen und Strategien von Unternehmen, Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Förderung verantwortungsvoller Geschäftstätigkeiten.

Durch die Teilnahme an diesem Kurs werden Sie die relevanten geltenden Vorschriften und Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene kennenlernen; Sie erfahren alles über Best Practices und verbessern ihre Fähigkeiten, eine verantwortungsvolle Geschäftsführung praktisch umzusetzen und zu fördern. Sie entwickeln einen massgefertigten Aktionsplan für eines Ihrer aktuellen Projekte, um die spätere Umsetzung zu steuern. Der Kurs wird Sie auch dazu befähigen, die Sichtweise von VertreterInnen anderer Interessensgruppen besser zu verstehen und Ihr Netzwerk von internationalen PraktikerInnen und ExpertInnen zu erweitern.

Der Kurs findet vom 23. bis 25. November 2017 in Basel statt. Er ist zugeschnitten auf PraktikerInnen, die in der Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft oder Regierung verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit in fragilen Gebieten fördern wollen. Der Kurs könnte besonders interessant sein für Personen, die am UNO Forum zu „Business and Human Rights“ in Genf teilnehmen, da das Forum gleich nach dem Kurs vom 27. bis 29. November stattfindet. Der Kurs ist ein Modul des Master of Advanced Studies (MAS) in ziviler Friedensförderung, der von der Universität Basel und swisspeace angeboten wird.

ExpertInnen:

Ron Popper, ehemals [ABB](#)

Stephan Suhner, [Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ASK](#)

Claude Voillat, [ICRC](#)

Sibel Gürler, [swisspeace](#) (Kurskoordinatorin)

Hanspeter Heinrich, [Safestainable](#)

[swisspeace](#)

academy@swisspeace.ch

links

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung bis 30. September 2017](#)
- [Master of Advanced Studies \(MAS\) in ziviler Friedensförderung](#)
- [Jahresplan der Kurse](#)

aktuell

KOFF Trägerorganisationen

Gründung eines Vereins zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz

Am 25. September 2017 jährt sich die Unterzeichnung der UNO-Agenda 2030 zum zweiten Mal. Sie verankert eine neue, konkretere Vision der nachhaltigen Entwicklung in der Weltpolitik. Die Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Ziele gelten für alle. Das heisst, sie müssen auch in der Schweiz und von der Schweiz in ihren internationalen Beziehungen umgesetzt werden. Um diese Umsetzung zu begleiten und den Beitrag der Zivilgesellschaft zum Thema zu verstärken, haben Alliance Sud, die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Umweltallianz gemeinsam den Austausch mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Organisationen gesucht.

Bei zwei Veranstaltungen wurde ein breites Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit verschiedenster Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften festgestellt und es wurden erste Schritte zur Strukturierung der Zusammenarbeit unternommen. Zurzeit sind die Ausarbeitung der Statuten und die Sicherstellung der Finanzierung im Gange.

Um diese Zusammenarbeit verbindlich zu lancieren und die Umsetzung in und durch die Schweiz konstruktiv-kritisch zu begleiten, wird am zweiten Geburtstag der Agenda, dem 25. September, ein Verein gegründet. Die Veranstaltung wird am Nachmittag im Berner Zentrum für Kulturproduktion „Progr“ stattfinden.

[Alliance Sud](#)

Sara Frey

sara.frey@alliancesud.ch

[links](#)

- [Agenda 2030: Umsetzung in der und durch die Schweiz](#)

Menschenrechtliche Kohärenz in der Aussenpolitik – ein neues Diskussionspapier

Mitte Juni wurde die Studie „Wo bleibt die Kohärenz? Menschenrechte und Schweizer Aussenpolitik“ veröffentlicht. Die Arbeitsgruppe Aussenpolitik der NGO-Plattform für Menschenrechte hat ein Diskussionspapier erarbeitet, welches Brisantes enthält: Es hält fest, dass die Debatte zu mehr Kohärenz in der Schweizer Aussenpolitik seit über 25 Jahren geführt wird, sich aber im Kreis dreht.

Deshalb sind jetzt griffige Instrumente und Mechanismen gefragt, die den Menschenrechtsschutz stärken und Widersprüche zwischen Aussen- und Innenpolitik beilegen können. Kein Sektor der Aussenpolitik (Aussenwirtschaft, Sicherheit, Frieden, Entwicklung, Migration, Gender, Umwelt, usw.) sollte Massnahmen ergreifen, die im Widerspruch zu den Zielsetzungen der schweizerischen Menschenrechtsaussenpolitik stehen.

Anhand von Fallbeispielen beleuchten Expertinnen und Experten aus schweizerischen NGOs Widersprüche in der aktuellen Politik, so zum Beispiel swisspeace/KOFF, die anhand des Beispiels Honduras Fragen am Schnittpunkt von Friedens-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik beleuchten.

Über 100 Teilnehmenden aus der Politik und der Zivilgesellschaft haben an der Jahrestagung der NGO-Plattform vom 19. Juni 2017 das Diskussionspapier besprochen. Die Arbeitsgruppe Aussenpolitik haben die darausgewonnenen Anregungen und Impulse aufgenommen. Diese werden in ihrer weiteren Advocacy-Arbeit zum Tragen kommen.

[NGO-Plattform für Menschenrechte](#)

Matthias Hui

matthias.hui@humanrights.ch

[links](#)

- [Wo bleibt die Kohärenz? Menschenrechte und Schweizer Aussenpolitik](#)

- [NGO-Plattform für Menschenrechte](#)

- [Jahrestagung der NGO-Plattform an der Universität Bern](#)

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

21. September 2017

Zürich, Schweiz

[Infoveranstaltung für Einsätze als Menschenrechtsbeobachter](#)

Peacewatch Schweiz und PBI Schweiz veranstalten an diesem Tag einen Infoabend über die Vorbereitung und die Möglichkeit, Einsätze als Menschenrechtsbeobachter/in in Guatemala, Honduras, Südmexiko, Kolumbien, Kenia und Palästina/Israel zu leisten.

[Veranstaltungsinformationen](#)

25. September 2017

Bern, Schweiz

[Gründung eines Vereins für die Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz](#)

Um die Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz und durch die Schweiz kritisch und konstruktiv zu begleiten wird am 25. September ein aus zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehender Verein gegründet. Die Gründungsveranstaltung findet am Nachmittag im Berner Kulturzentrum PROGr statt.

[Zusätzliche Informationen](#)

Bis am 30. September 2017

Basel, Schweiz

[Anmeldung für den Kurs „Business, Conflict and Human Rights“](#)

Wie können Unternehmen in instabilen Konfliktgebieten verantwortlich agieren? Im in Zusammenarbeit mit SAFESTAINABLE von swisspeace organisierten Kurs „Business, Conflict and Human Rights“ wird diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Modernste internationale Standards bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wege, wie Unternehmen diese umsetzen können, werden diskutiert. Der Kurs beleuchtet die Rollen und Strategien von Unternehmen, Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Förderung verantwortungsvoller Geschäftspraktiken.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. September 2017](#)

Bis 30. November 2017

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Training „Theories of Change in Fragile Contexts“](#)

Im Zentrum des swisspeace Trainings „Theories of Change in Fragile Contexts“ steht das Aufstellen von „guten“ Theorien des Wandels, die den PraktikerInnen dabei helfen, ein

vertieftes Verständnis ihrer eigenen Programme und deren Auswirkungen zu erhalten. Das Training findet vom 31. Januar bis 2. Februar 2018 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2017](#)

Bis 30. November 2017

Basel, Schweiz

[Anmeldung zum Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“](#)

Zusammen mit der Berghof Foundation bietet swisspeace den Kurs „National Dialogue & Peace Mediation“ an. Dieser gewährt Einblicke, wie Prozesse für einen Nationalen Dialog verstanden, entwickelt und unterstützt werden können, bietet ein Training zur Verbesserung der Dialog- und Mediationsfähigkeiten und liefert kritische Betrachtungen der Lehren, die aus vergangenen Fällen gezogen werden können. Der Kurs findet vom 29. Januar bis 2. Februar 2018 statt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 30. November 2017](#)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Marie Seidel, Arno Stirnimann
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Im Gebiet Patricot auf Haiti hat eine Minenfirma in der Nacht Markierungssteine gelegt. Livia Bouvier

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfd	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		